Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

104 (4.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dietz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 104 — Mittwoch, den 4. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Wahlprüfungsgericht hat die Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten für gültig erklärt.

*

Der deutsche Gesandte in Kowno hat erneut einen Schritt bei der litauischen Regierung wegen der Memelangelegenheit unternommen.

*

Berliner Abendblätter berichten von einem Rücktrittsgesuch des Reichswirtschaftsministers Warmbold, das jedoch noch nicht genehmigt sei.

*

Der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Strasser wurde wegen Beschimpfung der Reichsfarbe zu 200 RM. Geldstrafe verurteilt.

*

Die Deckung der Reichsbanknoten beträgt 24 Prozent gegen 25,5 Prozent in der Vorwoche.

*

Nach Havas beabsichtigt Tardieu, etwa am 12. Mai nach Genf zu reisen.

*

Im Unterausschuß des Luftfahrtausschusses brachte Ministerialdirektor Brandenburg weiteres Material zur Begründung des deutschen Antrages auf Abschaffung der gesamten Militärluftfahrt vor.

*

In Kreisen des Washingtoner Staatsdepartements betrachtet man den plötzlichen Wechsel in den Genfer Besprechungen von der Landabrüstung zur Frage der Seeabrüstung nach der Abreise Stimsons als einen französischen Gegenstoß gegen die amerikanischen Pläne.

*

Ministerpräsident Tardieu wird am Mittwoch abend eine große politische Rundfunk-Wahlrede halten.

*

Die Schanghaier Verhandlungen sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden, daß die japanische Regierung die chinesischen Vorschläge im Augenblick nicht für annehmbar hält.

*

Durch eine schwere Wirbelsturmkatastrophe in Mexiko sind zwei Städte teilweise zerstört worden. Zahlreiche Tote sind zu beklagen.

Der Kanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 3. Mai. Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die innerpolitische Lage und die gegenwärtigen Kabinettsberatungen.

Berlin, 3. Mai. Zu der eingehenden einstündigen Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten erfahren wir von unterrichteter Seite, daß sich dabei **eine völlige Uebereinstimmung zwischen den Auffassungen des Herrn Reichspräsidenten und denen Dr. Brünings ergeben hat.** Alle gegenteiligen Gerüchte werden als in jeder Beziehung unrichtig bezeichnet.

*

Gerüchte um den Reichswirtschaftsminister

Berlin, 3. Mai. Wie die Berliner Abendblätter zu berichten wissen, soll Reichswirtschaftsminister **Prof. Dr. Warmbold sein Rücktrittsgesuch eingereicht haben.** Die Nachtausgabe schreibt in diesem Zusammenhang, daß der heutige Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten offenbar in Zusammenhang mit diesen Rücktrittsgerüchten stehen dürfte. Es heißt in den Blättermeldungen weiter, daß das Rücktrittsgesuch bis zur Stunde noch nicht genehmigt sei.

Nur noch ein Minister in Anhalt?

T.U. **Dessau,** 3. Mai. In der Besprechung der die Regierungskoalition bildenden Parteien (Nat.-Sozialisten, Deutschnationale, Stahlhelm, Deutsche Volkspartei, Hausbesitzer) herrschte Einmütigkeit darüber, daß für Anhalt ein Minister genüge und daß ein entsprechender Antrag auf Aenderung der Verfassung im Landtag unverzüglich vorzulegen sei. Auf Vorschlag der Nationalsozialisten wurde die Bestellung des Regierungsrates a. D. Rechtsanwalt und Notar Freyberg aus Quedlinburg einstimmig gebilligt. Falls die Sozialdemokraten auf der Beibehaltung beider Ministerposten bestehen sollten, so würden die bürgerlichen Fraktionen auch den zweiten Minister aus ihrer Mitte stellen.

Am Mittwoch Erlaß von zwei Verordnungen

T.U. **Berlin,** 3. Mai. Wie verlautet, wird bereits am morgigen Mittwoch die Ergänzungsverordnung zur Notverordnung über das S.A.-Verbot erscheinen. Außerdem wird eine weitere Verordnung am Mittwoch erlassen werden, die die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda erweitert.

Neuer deutscher Schritt in Litauen

Berlin, 3. Mai. Der **deutsche Gesandte in Kowno** hat erneut einen **Schritt bei der litauischen Regierung wegen der Memelangelegenheit unternommen.** In einer Unterredung mit dem litauischen Außenminister Zaunius hat der Gesandte noch einmal die Aufmerksamkeit der litauischen Regierung auf die Vorgänge hingelenkt, die nach Auffassung Deutschlands einen **Verstoß gegen das Memelstatut** bedeuten und abgestellt werden müssen. In politischen Kreisen wird daran erinnert, daß bereits bei den Wahlen für den memelländischen Landtag im Jahre 1930 ein ähnliches Verhalten der Litauer zu einer Beschwerde beim Völkerbund geführt und dann seine Erledigung in einem Schriftwechsel zwischen dem damaligen deutschen Außenminister Dr. Curtius und dem litauischen Außenminister Zaunius gefunden hat. Zaunius hatte seinerzeit namens der litauischen Regierung eindeutige Zusicherungen für eine unbeeinflußte Abstimmung und Wahlpropaganda gegeben. Damals wurden die bereits rein groß-litauisch zusammengesetzten Wahlkreiskommissionen und Wahlvorstände entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien umgebildet, so daß auch die deutschen Parteien auf Grund einer überwiegenden Mehrheit genügende Vertretung bekamen. Auf diesen Schriftwechsel ist in den verschiedenen Noten Deutschlands an Litauen und die Signatarmächte Bezug genommen worden.

Im übrigen scheinen die verschiedenen Schritte Deutschlands wie auch die der Signatarmächte insofern **einen gewissen Erfolg gehabt zu haben, als in den letzten Tagen keine Ausschreitungen mehr gegen die Wahlpropaganda der Memeldeutschen vorgekommen sind.**

In diesem Zusammenhange verdienen Gerüchte Erwähnung, die davon sprechen, daß von unbekannter litauischer Seite 50 000 gefälschte Stimmzettel der memelländischen Volkspartei an die Wähler verschickt worden sind, um dadurch offenbar das Wahlergebnis im litauischen Sinne zu beeinflussen.

Verschärfung der Devisenbestimmungen für den Reiseverkehr ins Ausland

Berlin, 3. Mai. Die Devisenlage macht einige Verschärfungen der Bestimmungen für den Reiseverkehr nach dem Auslande und dem Saargebiet notwendig. **Die Devisenbewirtschaftungsstellen werden für nicht geschäftliche Reisen fortan den Nachweis der Dringlichkeit der Reise verlangen; bei Reisen zum Kurgebrauch im Auslande ist hierbei die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses erforderlich.**

Von einigen ausländischen Kurverwaltungen usw. sind in letzter Zeit Prospekte verschickt worden, in denen deutschen Kurgästen empfohlen wird, bei einem beabsichtigten Kuraufenthalt im Auslande bereits einige Monate vor Antritt der Reise regelmäßig Ueberweisungen im Rahmen der Freigrenze vorzunehmen. Es wird davor gewarnt, auf solche Empfehlungen einzugehen, da dieses Verfahren eine Umgehung der Devisenvorschriften darstellt.

Auch bei Geschäftsreisen wird strenger als bisher darauf geachtet werden, daß die Anforderungen an Devisen als berechtigt anerkannt werden können.

Hindenburg an Lettow-Vorbeck

T.U. **Bremen,** 3. Mai. Wie Generalmajor a. D. von Lettow-Vorbeck der „Weserzeitung" mitteilt, hat ihm der Reichspräsident auf seinen in Nr. 249 der „Weserzeitung" veröffentlichten Aufsatz „War das S.A.-Verbot notwendig?" folgendes Schreiben zugesandt:

„Sehr geehrter Herr General! Von Ihrem Schreiben vom 27. d. M. und Ihrem mir inzwischen von der „Weserzeitung" zugegangenen Artikel „War das S.A.-Verbot notwendig" habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich habe Ihr Schreiben und die Anlage dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Mit kameradschaftlichen Grüßen Ihr sehr ergebener gez. von Hindenburg."

Lettow-Vorbeck hatte in der „Weserzeitung" seiner grundsätzlichen Einstellung zum S.A.-Verbot u. a. dahin Ausdruck gegeben, daß die Auflösung von niemandem, der im nationalen Lager stehe, verstanden und gebilligt werden könne. Er sei nicht Nationalsozialist; aber die Notverordnung habe ihn entsetzt. Bei einem Anmarsch der Nazis im Hamburg habe er gesehen, daß es gerade diese Elemente seien, die man da finde, wo es heiß sei: Oberschlesien, Ruhr, Spartakus, Grenzschutz. Lettow-Vorbeck fragt, ob diese niedergeknüppelt werden sollen aus Gründen der „Staatsautorität" und noch dazu in so verletzender Weise durch Abgabe der Fahnen usw? Eine Persönlichkeit, die über die einschlägigen Verhältnisse aufs Genaueste im Bilde sei, habe ihm, Lettow-Vorbeck, auf Anfrage mitgeteilt, daß tatsächlich Material gegen S.S- und S.A.-Verbände vorliege, das den Staat zu nachdrücklichem Eingreifen zwinge. Etwas anderes sei es, ob es notwendig gewesen sei, weil untergeordnete Stellen der N.S.D.A.P. Fehler gemacht hätten, nun gegen die gesamten S.S- und S.A.-Verbände und noch dazu in der Weise vorzugehen, wie es geschehen sei.

Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes

T.U. **Berlin,** 3. Mai. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat am Dienstag nachmittag eine Vorlage über die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes verabschiedet.

*

Zur Sitzung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt.

T.U. **Berlin,** 3. Mai. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, sieht die vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt am Dienstag verabschiedete Vorlage über die Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes vor, daß alle Arbeitslosen unter 25 Jahren, gleichgültig, ob sie Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung besitzen oder ob sie Bezieher von Wohlfahrtsunterstützung sind, dem freiwilligen Arbeitsdienst zugeführt werden.

Das Wahlprüfungsgericht

Nationalsozialistische Beschwerden

Berlin, 3. Mai. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag nahm die Prüfung der Reichspräsidentenwahl von 1932 vor. Hierzu lagen 64 schriftliche Beschwerden vor, die sich aber bei der Nachprüfung durch den Reichswahlleiter fast ausnahmslos als unberechtigt erwiesen hatten. Zur heutigen Verhandlung vor dem Wahlprüfungsgericht waren u. a. zwei Vertreter der Anhänger des Betriebsanwalts Winter erschienen, um sich persönlich darüber zu beschweren, daß dieser nicht aus der Strafhaft entlassen worden sei. Ferner war eine Anzahl Vertreter der **nationalsozialistischen Parteiorganisationen** aus dem Reich unter Führung des Reichstagsabgeordneten Dr. **Frank** II erschienen. Frank begründete in ausführlicher Rede die Beschwerden der Nationalsozialisten, daß die Reichspräsidentenwahl durch Polizeimaßnahmen und durch den Rundfunk verfälscht worden sei. Die Versagung des Rundfunks halte die NSDAP. für eine ganz grobe verfassungswidrige Ungerechtigkeit. Die Beamtenbeeinflussungsversuche seien ein Verstoß geen die Reichsverfassung. Der zweite Vertreter der NSDAP., Rechtsanwalt Dr. Freisler-Kassel, erklärte, daß durch die Exekutive in allen ausschlaggebenden Ländern die Gesamtpropaganda der Reichspräsidentschaftskandidatur Hitlers planmäßig und zielbewußt erschwert und teilweise unmöglich gemacht worden sei. Die Presse der NSDAP. sei einseitig durch staatliche Anordnungen lahmgelegt worden.

Abg. **Stelling** als **Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes** erhob Beschwerde gegen den Terror, der von den Nationalsozialisten ausgeübt worden sei. Dieser Terror habe sich in allen denkbaren Formen geäußert: Arbeiter seien mit Entlassung, Geschäftsleute mit Erpressung, Zeitungen mit Boykott, Versammlungsbesucher mit Gewalttaten, Redner mit Mord und Totschlag bedroht worden. Besonders sei dieser Terror ausgegangen von den inzwischen aufgelösten SA.- und SS.-Abteilungen und deren Heimen, von denen aus planmäßig Ueberfälle organisiert worden seien. Im Anschluß daran schilderte der Redner einzelne Terrorakte der Nationalsozialisten während der Wahlzeit. Bei diesen Schilderungen kam es zu einem Zwischenfall zwischen dem Vorsitzenden Dr. Bell und Rechtsanwalt Frank.

Dr. Frank erklärte, daß der Vertreter der Sozialdemokratie die NSDAP. des Mordes beschuldige, sei unerträglich. Bemerken wolle er nur: die Toten in diesem Wahlkampf haben nur wir zu beklagen.

Als Reichsbeauftragter verlas **Ministerialdirektor Dr. Kaisenberg** die Stellungnahme der Reichsregierung, wonach Wahlreden im Rundfunk nicht zuzulassen seien. Etwas ganz anderes sei es wenn der Reichspräsident einen Rechenschaftsbericht gebe. Es könne keine Rede davon sein, daß die Maßnahmen einseitig gegen eine Partei gerichtet waren. Der Vorwurf des Rechtsanwalts Dr. Frank II. Reichspräsident von Hindenburg habe die Kandidatur Hitlers herabgewürdigt, müsse entschieden zurückgewiesen werden.

Der Reichsbeauftragte erklärte sich entschieden dagegen, daß heute vertagt und in eine Beweisaufnahme eingetreten wird, die Monate dauern würde. Auch die Frage, ob der Hindenburg-Ausschuß öffentliche Mittel erhalten hat, spielt keine Rolle, so daß es überflüssig ist, das Ergebnis eines Untersuchungsausschusses in dieser Frage abzuwarten; es würde an dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl keinerlei Veränderungen hervorrufen. Ich komme zum Schlußantrag, das Gericht möge bereits heute die Entscheidung fällen: **die Wiederwahl des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten ist gültig.**

Der Vorsitzende des Wahlgerichts, Dr. Bell, verkündete dann folgendes Urteil: **„Die am 17. April 1932 stattgefundene Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten ist gültig."**

Neue Sparnotverordnung in Anhalt

Dessau, 3. Mai. Das anhaltische Staatsministerium hat eine Ergänzung zur Reichssparverordnung erlassen, in der es bestimmt, daß die für Staatsbeamte getroffene Regelung der Bezüge auch für Beamte der Körperschaften des öffentlichen Rechtes, die der Staatsaufsicht unterliegen, maßgebend sei. Die Verordnung sieht weiter die **Aufhebung der Beförderungssperre** vor und führt eine Sonderabgabe auf die Einnahmen der Notare ein. Diese Gebühr beginnt mit 5 Prozent bei 50 RM. vereinnahmter Vergütung und endet mit 50 Prozent bei den Vergütungen, die 50 000 RM. übersteigen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Warschaus kriegerische Pläne

Polnischer Vormarsch auf Danzig?

Je verheerender die Krise in Polen tobt, um so kriegerischer wird dort die Stimmung. In den letzten Tagen verbreiten sich Gerüchte von der bevorstehenden Besetzung Danzigs durch Polen. Mögen die polnischen Zeitungen diese Gerüchte auf einen Wink von oben noch so energisch dementieren, — ganz aus der Luft sind sie nicht gegriffen. Vielmehr beschäftigt man sich in Polen mit Eroberungsplänen, die weit über das Danzig-Gebiet hinausgehen.

Es wird keiner polnischen Amtsstelle gelingen, die Tatsache zu bestreiten, daß die unter dem Protektorat Pilsudskis stehende volkssozialistische Partei in ihrem Program neben der Besetzung Danzigs die Eroberung des deutschen Ostoberschlesiens vorsieht. An der Spitze dieser Partei stehen einflußreiche Sejmabgeordnete des Pilsudski-Blockes.

Die der polnischen Regierung nahestehende Krakauer Zeitung „Illustrowany Kuryer Codzienny" hat kürzlich einen Leitartikel unter dem bezeichnenden Titel „Danzig ist nicht Schanghai" veröffentlicht. In diesem Leitartikel, der den Beschlüssen des Haager Schiedsgerichtshofes in der Danziger Angelegenheit gewidmet war, sind folgende Sätze zu lesen:

„Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß unsere verantwortlichen Kreise im Laufe der Jahre zu weiche Methoden im Kampf mit der deutschen Propaganda und der deutschen Aggression angewandt haben. Selbst in der allerletzten Zeit trotz der unerhörten Entscheidungen in der Danzig-Frage, ist Polen zuvorkommend geblieben. Die letzte Stunde hat geschlagen. Es gibt Situationen, bei denen den „friedlichen" (!) Beziehungen Boxerhandschuhe dienlicher sind als weiße Glace-Handschuhe."

Das konservative Krakauer Blatt „Czas" hat seinerseits alle Vorsicht beiseite gelassen und hält eine „unmittelbare Aktion" für das gegebene:

„Unsere verhängnisvollen Fehler in der Danziger Frage, unsere Nachgiebigkeit gegenüber den Ansprüchen Danzigs, haben uns in die jetzige tragische Lage gebracht. Wir stehen vor einem gordischen Knoten, der durch unsere zwölfjährige Lebensgemeinschaft mit Danzig gebildet wurde. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen Knoten zu zerschlagen."

Die moralische Unterstützung beim Schmieden seiner aggressiven Pläne sucht Polen bei Japan. Das japanische Vorgehen wird in der polnischen Oeffentlichkeit sorgfältig verfolgt. Man wird nicht müde, den Geist des japanischen Angriffs sich anzueignen, und Lehren aus der japanischen Aktion in Schanghai und vor allen Dingen in der Mandschurei für sich zu ziehen. Die Pilsudski-Presse gibt dem fernöstlichen Krieg die Beleuchtung, die sie für zweckmäßig hält. So schreibt das Wilnaer „Slowo" über die Eroberung der Mandschurei:

„Die Japaner haben kein fremdes Territorium besetzt. Sie leisten nur der jungen mandschurisch-mongolischen Regierung eine bescheidene Hilfe."

Das kriegerische Vorgehen der Japaner in der Mandschurei wird als eine „Säuberungsaktion" dargestellt. Offenbar denkt dabei „Slowno" an die barbarischen Strafexpeditionen der Polen in der Westukraine. Die „Befreiung" der Mandschurei erfüllt die Polen mit Stolz auf ihre eigenen Großtaten bei der Unterdrückung der Minderheiten.

Offenbar unter dem Eindruck der französisch-japanischen Freundschaft glaubt das Organ des polnischen Generalstabs, „Polska Zbrojna", das polnisch-japanische Militärbündnis geschichtlich begründen zu müssen. In der Fortführung des Gedankens, daß der russisch-japanische Krieg 1904/05, der sich bekanntlich in der Mandschurei abspielte, der Anfang vom Ende des Zarenreichs, dieses Unterdrückers des polnischen Volkes, war, schreibt der bekannte polnische Publizist Studnizki im Warschauer Militärblatt:

„Wir können mit vollem Recht behaupten, daß die russische Mandschurei-Niederlage des Jahres 1905 den Beginn des polnischen Aufstieges waren, denn sie haben Erscheinungen heraufbeschworen, deren Ergebnis unsere Wiederauferstehung war."

Derselbe Studnizki geht an einer anderen Stelle noch weiter und erklärt unumwunden:

„Polens Schicksal entscheidet sich auf den Feldern der Mandschurei."

Hier schließt sich der Kreis der polnischen Ueberlegungen. Der Aufmarschplan gegen Danzig bildet nur einen kleinen Teil der großen kriegerischen Aktion, die sich zunächst einmal gegen Deutschland richtet, um sich dann auch gegen Rußland zu wenden. Polen ist sich anscheinend darüber im Klaren, daß das kleinste militärische Vorgehen heute in einen neuen Weltkrieg mündet. Diese Folgen scheinen gewisse polnische Kreise nicht abzuschrecken. Man tut gut, den polnischen Kriegshetzern etwas mehr auf die Finger zu schauen.

*

Die italienische Presse zu den Gerüchten über einen polnischen Handstreich auf Danzig.

T.U. **Rom**, 3. Mai. In großer Aufmachung verzeichnet die faschistische Presse die Gerüchte über den geplanten polnischen Handstreich auf Danzig und über den polnischen Pressefeldzug gegen Danzig und Gravina. Der „Lavoro Fascista" gibt ausführlich die Stellungnahme der deutschen Presse zu diesen Vorgängen wieder und erklärt zum Schluß: „Ohne auf die unerhörte Hetze der polnischen Zeitungen einzugehen, die die Grenze jeglicher Glaubwürdigkeit übersteigt, stellen wir fest, daß die deutschen Zeitungen nicht verfehlen, die agressive Haltung der Polen zu unterstreichen."

Beschlüsse des zentralen Kreditausschusses

Berlin, 3. Mai. Der zentrale Kreditausschuß hat folgende Beschlüsse über eine Aenderung des am 9. Januar 1932 beschlossenen Abkommens über die Festsetzung von **Höchstzinssätzen für hereingenommene Gelder** gefaßt, die mit dem 3. Mai 1932 wirksam werden. In diesen Beschlüssen heißt es: Normale Spareinlagen sind Einlagen auf Konten, die unter Ausfertigung eines Sparbuches angelegt werden, der Geldanlage, aber nicht dem Zwecke des Zahlungsverkehrs dienen und über die deshalb nur unter Vorlage des Sparbuches verfügt werden darf. Der zentrale Kreditausschuß hat folgende Zinssätze für hereingenommene Gelder festgesetzt:

Für **normale Spareinlagen höchstens 4 Prozent**, für **täglich fällige Gelder** in provisionsfreier Rechnung höchstens 2 Prozent, in provisionspflichtiger Rechnung höchstens 2,5 Prozent, für **Kündigungsgelder**, sofern die Kündigungsfrist oder feste Laufzeit mindestens einen Monat und weniger als drei Monate beträgt, höchstens 4,25 Prozent, sofern die Kündigungsfrist oder feste Laufzeit mindestens drei Monate und weniger als sechs Monate beträgt, höchstens 4,5 Prozent, sofern die Kündigungsfrist oder feste Laufzeit mindestens sechs Monate und höchstens 364 Tage beträgt, höchstens 5 Prozent, für feste Gelder, sofern sie für einen Zeitraum von mindestens 31 und höchstens 61 Tagen hereingenommen sind, höchstens 0,75 Prozent unter dem am Tage der Hereinnahme geltenden, oder höchstens 0,75 Prozent unter dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz, sofern sie für einen Zeitraum von mindestens 62 und höchstens 91 Tagen hereingenommen sind, höchstens 0,5 Prozent unter dem am Tage der Hereinnahme geltenden, oder höchstens 0,25 Prozent unter dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz, sofern sie für einen Zeitraum von mindestens 92 und höchstens 364 Tagen hereingenommen sind, höchstens den am Tage der Hereinnahme geltenden oder den jeweiligen Reichsbankdiskontsatz.

Diese Zinssätze treten am 3. Mai 1932 in Geltung.

Der erste Mandschureibericht

Der Vorsitzende des vom Völkerbundsrat nach der Mandschurei entsandten **diplomatischen Untersuchungsausschusses**, Lord Lytton, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes seinen ersten Bericht telegraphisch übermittelt, in dem eine allgemeine Uebersicht über die **militärische Lage in der Mandschurei** gegeben wird. Danach befinden sich in der Mandschurei gegenwärtig **100 000 Mann chinesischer Truppen, 85 000 Mann bewaffneter und ausgebildeter Truppen des neuen mandschurischen Staates**, die teilweise unter dem Kommando Japans stehen, und **220 000 Mann japanischer Truppen**. Zwischen diesen drei Gruppen fänden fortgesetzt zum Teil schwere Kämpfe statt. Lytton betont, daß die ganze Mandschurei sich gegenwärtig in voller Anarchie und Auflösung befinde. Die Unsicherheit sei außerordentlich groß.

Braucht man zum Schlafen Kraft?

Man kann sich so zermürbt oder erschöpft fühlen, daß ein Einschlafen unmöglich ist. Es tritt dann der paradoxe Fall ein, daß man vor lauter Ruhebedürfnis keine Ruhe findet. Wenn man diesen unnormalen Grad der Ermüdung überwinden und gesund schlafen will, dann sollte man seinen Körper vor dem Schlafengehen noch einmal gehörig stärken — nicht mit einer schweren Speise, sondern mit einer leichtverdaulichen Kraftnahrung. Tausende von Menschen nehmen zu diesem Zwecke Ovomaltine. Das ist eine konzentrierte Kraftnahrung aus Malz, Milch Eiern und Kakao, die den Magen nicht belastet, sondern sofort ins Blut übergeht. Ovomaltine wird abends am besten in Milch getrunken und schmeckt vorzüglich. Schon mit einer Dose zu RM. 1.15 aus der nächsten Apotheke oder Drogerie können Sie einen Versuch machen. Wollen Sie erst eine kostenlose Geschmacksprobe, so erhalten Sie diese von Dr. A. Wander G. m. b. H., Abteilung 72, Osthofen/Rheinhessen.

Keine Entscheidung

Die Frage der Linienschiffe im Flottenausschuß

Genf, 3. Mai. Im Flottenausschuß der Abrüstungskonferenz wurde die Aussprache fortgesetzt über die Frage, **ob die Linienschiffe als Angriffswaffe anzusehen sind. Die Vereinigten Staaten von Amerika traten für die Beibehaltung der großen Kampfschiffe ein. Man konnte beobachten, daß nach amerikanischer Ansicht die Abrüstung zur See vorläufig ihre Regelung gefunden hat und daß nach dem erstrebten Beitritt Italiens und Frankreichs zum Londoner Dreimächte-Vertrag die Flottenfrage bis 1936 zunächst einmal ruhen soll.**

Der **englische Vertreter** sprach sich unter Aufrechterhaltung des englischen Standpunktes, daß die Linienschiffe Verteidigungsmittel seien, für eine Herabsetzung der Tonnage aus.

Auffallend war die **Haltung der französischen Delegation**, die jegliche Festlegung vermied, obwohl in den allgemeinen Vorschlägen, die Frankreich der Abrüstungskonferenz vorgelegt hat, eine Herabsetzung der Tonnage bei den Linienschiffen vorgesehen ist. Eine unzweideutige Erklärung, daß Linienschiffe als besonders gefährliche Waffen anzusehen sind, schien dem französischen Vertreter im Hinblick auf die späteren Entscheidungen der Konferenz unbequem zu sein.

Der **deutsche Standpunkt**, der sich aus den Deutschland aus dem Versailler Vertrag auferlegten Verboten der großen Linienschiffe ergibt, wurde nachdrücklichst von dem deutschen Vertreter, Freiherr von Rheinbaben, zur Geltung gebracht.

Der **russische Vertreter** erklärte, daß gerade in den letzten Jahren durch technische Vervollkommnungen der Angriffscharakter der Linienschiffe besonders erhöht worden sei. Die übrigen Staaten entschieden sich größtenteils für einen Angriffscharakter der Linienschiffe.

Die Aussprache über die Frage der Linienschiffe wurde sodann abgeschlossen, indem der Vorsitzende des Flottenausschusses erklärte, er werde die dem Ausschuß vorgebrachten Vorschläge und Anregungen dem Büro als Material überweisen. Das bedeutet, daß **die technischen Sachverständigen im Flottenausschuß** über die ihnen gestellten Fragen, ob die Linienschiffe als Angriffswaffe anzusehen sind, **keine Entscheidung getroffen haben.**

*

Luftfahrtfragen auf der Abrüstungskonferenz

Genf, 3 Mai. Der Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz hat einen kleinen Unterausschuß für technische Sachverständige eingesetzt, der zunächst einmal eine bis jetzt noch nicht vorhandene Diskussionsgrundlage schaffen soll. In diesem Unterausschuß hat der **deutsche Delegierte**, Ministerialdirektor **Brandenburg**, weiteres Material zur Begründung des deutschen Antrages auf die **Abschaffung der gesamten Militärluftfahrt** vorgebracht. Er führte aus, daß alle Militärflugzeuge offensiven Charakter tragen und die Zivilbevölkerung gefährden. Besonders gelte das für Länder, die keinerlei Abwehrmittel hätten. Ministerialdirektor Brandenburg brachte einen neuen Antrag ein, der das von der Abrüstung zu erfassende Waffenmaterial der Militärluftfahrt dem Grade der Gefährlichkeit nach in folgende Kategorien einteilt: 1. Kampfmittel jeder Art, die für den Abwurf aus Luftfahrzeugen bestimmt sind, 2. Bombenflugzeuge, 3. Aufklärungsluftfahrzeuge inkl. Fesselballons und 4. Jagdflugzeuge.

Die Beratungen sind von großer Bedeutung, da sehr grundsätzliche und für die **Luftfahrt entscheidende Fragen** zur Erörterung gelangen. Auch in diesem Ausschuß machen sich Bestrebungen, **die Zivilluftfahrt in den Kreis der Abrüstung einzubeziehen**, geltend. Von deutscher Seite wird dies nachdrücklich bekämpft, wobei die Anhänger dieser These, die vor allem auch von Frankreich vertreten wird, dadurch in eine prekäre Lage gekommen sind, daß die deutschen Vorschläge dem Gedanken, daß zivile Flugzeuge nicht für militärische Zwecke verwendet werden dürfen, in wirksamer und praktisch durchführbarer Weise Rechnung tragen.

*

Washington und die Genfer Abrüstungsbesprechungen

T.U. **Washington**, 3. Mai. Hohe Beamte des Staatsdepartements betrachten den plötzlichen Wechsel in den Genfer Besprechungen von der Landabrüstung zur Frage der Seeabrüstung unmitelbar nach der Abfahrt Stimsons als einen französischen Gegenstoß gegen die Pläne der Vereinigten Staaten. In militärischen Kreisen wird auf die französische Absicht hingewiesen, die Genfer Konferenz durch unfruchtbare Besprechungen über Marinefragen zu zermürben, sodaß eine Vertagung der Konferenz ohne die Weiterbesprechung der Landabrüstungsfrage keine Schwierigkeiten mehr bietet. In politischen Kreisen wird demgegenüber erklärt, daß die amerikanische Regierung unter keinen Umständen einer Herabsetzung der Tonnage der Linienschiffe und einer Abschaffung der Flugzeugmutterschiffe vor Ablauf der Washingtoner und Londoner Verträge im Jahre 1936 zustimmen werde. Eine Zustimmung nach diesem Zeitpunkt werde nur dann möglich sein, wenn die anderen Mächte ihre gegenwärtigen übertriebenen Landrüstungen herabsetzen würden. Sollten auf der Genfer Abrüstungskonferenz Erfolge nicht erzielt werden können, ohne den gegenwärtigen Stand der Seerüstungen anzutasten, sei sie zum Scheitern verurteilt. In diesem Zusammenhang wird zynisch auf die Erklärung Tardieus hingewiesen, in der er die Reise Stimsons nach Genf als Fehlschlag bezeichnete in dem Augenblick, als Stimson Frankreich zwingen wollte, seine Haltung zu dem europäischen Gesamtproblem klar zu umreißen.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

Schluß. Nachdruck verboten.

„Sie haben mir damals, als wir uns zum erstenmale in Berlin gegenüberstanden, von einem Mißgeschick erzählt, durch das Sie aus einer verheißungsvollen Lebensbahn gedrängt wurden; ein dummer Formfehler im Testament Ihres väterlichen Freundes beraubte Sie Ihres Erbes, des wohlverdienten Dankes eines hochherzigen Mannes.

Lieber Dieter Helling! Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß Sie mir vom ersten Augenblick an gefallen, ja geradezu imponiert haben. Ich habe Sie dann mehr und mehr kennen gelernt und meine Hochachtung vor Ihnen, meine Bewunderung Ihres frischen Mutes und Ihrer Tatkraft sind noch größer geworden. Hätte ich einen Sohn, dann könnte ich nur wünschen, daß er ein Mann wäre, wie Sie einer sind. Sie wissen, welcher Schlag mich getroffen hat. Mein einziges, geliebtes Kind ist mir entrissen worden. Wenn ich einmal die Augen schließe, ist niemand da, der mein Lebenswerk so mit rechter Herzensfreude übernehmen und fortführen würde. Und da habe ich mir gedacht, überlasse es nicht einem xbeliebigen, sondern lege es in Hände, die den Schatz zu würdigen wissen. Ich brauchte nicht lange nach einer geeigneten Person zu suchen, da ich Sie kannte. Ihnen möchte ich es anvertrauen, wenn . . . Sie bereit sind, es anzunehmen. Bitte, sprechen Sie noch nicht! Ich bin nun aber schon heute nicht mehr der Mann, der kraftvoll und unternehmungslustig das Schiffchen weiterlenkt, und deshalb würde ich es gern sehen, wenn Sie sobald als tunlich zu mir kämen.

Nachdem nunmehr durch Fräulein Brunkes heldenmütiges Eingreifen der Beweis von der Richtigkeit meiner Idee erbracht ist, darf jetzt an die Einrichtung der Postflugstrecke nach Nordamerika gegangen werden.

Noch eins, Sie sollen nicht wieder der Gefahr ausgesetzt sein, um Ihren Lohn zu kommen, und deshalb will ich Sie, ohne Verzug dadurch in alle Rechte einsetzen, daß ich Sie an Kindesstatt annehme. Ich habe alles reiflich überlegt und würde mich von Herzen freuen, wenn ich Ihnen dadurch vergelten könnte, was Sie unter Einsatz Ihres Lebens für mich getan haben."

„Herr Generaldirektor!"

Ueberwältigt wollte Dieter beide Hände des alten Herrn ergreifen, der aber zog ihn an seine Brust.

„Dieter, mein Sohn!"

„Mein lieber Vater!"

Beide waren vor Bewegung unfähig zu sprechen. Endlich hatte Dieter sich wieder gefaßt.

„Ich danke dir, lieber Vater, von ganzem Herzen für dein hochherziges Anerbieten, und gelobe dir feierlichst, daß ich alle meine Kräfte einsetzen werde, um mich dieser Auszeichnung würdig zu erweisen. Nie sollst du zu bereuen haben, wie du an mir gehandelt hast!"

„Das bedarf keiner besonderen Versicherung, das weiß, das fühle ich. Doch nun komm, laß uns diese Stunde mit einem Glase Wein feiern. Dann werde ich dich zu deiner neuen Mutter führen, mit der ich alles besprochen habe und die natürlich vollkommen einverstanden ist."

Am nächsten Tage kehrte Dieter nach Berlin zurück. Er überbrachte Rudi, der seine Tätigkeit bei der Weltfilm-A.-G. wieder aufgenommen hatte, die Einladung zu einer in allernächster Zeit stattfindenden großen Feier, die Reichlin sich nun doch zu Ehren der glücklich heimgekehrten Flieger zu veranstalten entschlossen hatte.

Dann eilte er freudigen Schrittes zu Elli Brunke.

Als sie erfahren hatte, welch' bedeutsamer Umschwung sich in seinem Leben inzwischen vollzogen, war sie aufrichtig erfreut und beglückwünschte ihn von ganzem Herzen. Sie empfand freudigste Genugtuung und drückte ihm beide Hände.

Daß sie an seinem Glück regsten Anteil nehmen würde, dessen war er sich bewußt gewesen. Dennoch fühlte er sich von jedem ihrer Worte tief berührt. Dieses tatkräftige und von Lebensenergien strotzende junge Mädchen konnte von einer so zarten Fraulichkeit sein, die unwiderstehlich gefangen nahm.

Das war für Dieter nichts Neues, und das war es nicht zuletzt, was sie ihm so lieb machte. Wie gern hätte er ihr schon längst gesagt, wie es in ihm aussah, aber konnte, durfte er denn das bei seinen bisherigen ungewissen Verhältnissen?

Aber heute, heute war der Tag da, und keine Stunde hätte er länger zögern mögen, sich ihr zu offenbaren.

Zwei innerlich gereifte, durch schwere Schicksalsnöte gegangene junge Menschen reichten sich die Hände zum Bunde fürs Leben, und das Glück leuchtete aus ihren Augen.

— Ende —

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg